

Montenegro

Sebastian Schäffer

Montenegro kann auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken. Nach der Verleihung des Status eines Beitrittskandidaten im Dezember 2010 und der Aussicht auf Eröffnung der Beitrittsverhandlungen im Fortschrittsbericht 2011, wurden die ersten Kapitel am 29. Juni 2012 offiziell eröffnet. Bereits im März 2012 hatte die Europäische Kommission mit der analytischen Auswertung (Screening) für die Kapitel „Justiz und Grundrechte“ sowie „Freiheit, Sicherheit und Recht“ begonnen, da hier substantielle Anstrengungen von Seiten der montenegrinischen Regierung notwendig sein werden, um die Voraussetzungen zu erfüllen. Das Screening für die weiteren Kapitel wurde im September 2012 aufgenommen. Zwei der insgesamt 33 Beitrittskapitel – „Wissenschaft und Forschung“ sowie „Bildung und Kultur“ – konnten bereits wieder vorläufig geschlossen werden.¹ Diese Leistung verdient durchaus Anerkennung, allerdings sind bei den verbleibenden 31 Kapitel teilweise weitgehende Reformen und Anpassungen notwendig, um diese abschließen zu können. In zentralen Bereichen wie dem freien Warenverkehr, aber auch der Landwirtschaft und der ländlichen Entwicklung besteht ein erheblicher Reformbedarf. Der Bereich Umwelt wurde in einem ersten Screening als unvereinbar mit dem gemeinsamen Besitzstand der EU eingestuft. Dennoch befindet sich Montenegro auf einem guten Weg und bleibt weiterhin das am weitesten fortgeschrittene Land des westlichen Balkans auf dem Weg zu einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union.

Wirtschaftliche und politische Stabilität

Die Wirtschaft der kleinen Adriarepublik war im Jahr 2012 nur marginal gewachsen, was nach zwei Jahren mit einem durchschnittlichen Wachstum von knapp 3% einen deutlichen Rückgang darstellte. Die Prognosen sehen allerdings für die kommenden Jahre erneut ein stabiles und kontinuierliches Wachstum vor. Auch politisch herrscht Kontinuität in Montenegro. Die seit 1990 immer an der Regierung beteiligte „Demokratische Partei der Sozialisten“ (DPS) konnte erneut die Mehrheit der Stimmen bei der Parlamentswahl im Oktober 2012 gewinnen. Bereits zum vierten Mal wurde Milo Dukanovic zum Premierminister gewählt und ist damit fast ununterbrochen entweder Staats- oder Regierungschef in Podgorica. Lediglich 2006 und 2010 trat er jeweils für zwei Jahre vom Amt des Premierministers zurück. Von 1998 bis 2002 war Dukanovic Präsident Montenegros. Auch in diesem Amt herrscht weiterhin Kontinuität. Bei den Präsidentschaftswahlen im April 2013 gewann der Amtsinhaber Filip Vujanovic, wenn auch nur äußerst knapp. Die Opposition hatte sich auf einen gemeinsamen Kandidaten geeinigt, da Vujanovic nach der montenegrinischen Verfassung sich nicht erneut zur Wahl hätte stellen dürfen. Diese sieht nur eine einmalige Wiederwahl des Präsidenten vor. Vujanovic argumentierte jedoch, dass seine erste Amtszeit von 2003 bis 2008 noch unter der damals bestehenden Staatenunion Serbien und Montenegro

¹ Eine ausführliche Bewertung der Fortschritte im Bezug auf die europäische Integration in Montenegro findet sich im Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission: Commission Staff Working Paper, Montenegro 2012 Progress Report. SWD(2012) 331, Brussels, 10. October 2012.

stattfand. Nach der Unabhängigkeitserklärung 2006 blieb Vujanovic bis zum Ende seiner Amtszeit Präsident und wurde 2008 erneut zum Staatsoberhaupt gewählt. Eine Klage der Opposition vor dem Verfassungsgericht blieb erfolglos, da dieses die Ansicht von Vujanovic teilte und urteilte, dass seine erste Amtszeit als Präsident des unabhängigen Montenegro erst 2008 begann. Zusätzlich waren die Wahlen durch Vorwürfe der Einflussnahme durch die Regierungspartei DPS zugunsten des Amtsinhabers überschattet. Sowohl Vujanovic als auch der Kandidat der Opposition Miodrag Lekic beanspruchten den Wahlsieg für sich. Erst elf Tage nach der Wahl konnte das offizielle Endergebnis verkündet werden. Die Anschuldigungen der Wahlfälschung von Lekic konnten nicht bestätigt werden. Das Wahlverfahren kann sogar als transparenter als bei vorhergegangenen Wahlen bezeichnet werden, da in jedem Wahllokal Beobachter der Opposition zugegen waren und die Auszählprotokolle unterschrieben.² Dennoch sind die Mängel innerhalb der Verwaltung Montenegros nicht zu übersehen. Hier werden weiterhin hohe Anstrengungen notwendig sein, wenn das Land weiterhin Fortschritte in Richtung EU-Beitritt machen will. Allen voran bleibt die Korruption eines der gravierendsten Probleme im Adriastaat. Es bleibt auch abzuwarten wie sich die politische Situation weiterentwickelt. Vujanovic und noch viel mehr Dukanovic bleiben zumindest in den kommenden Jahren die prägenden Figuren der montenegrinischen Politik. Bei der Präsidentschaftswahl konnte sich die Opposition zum ersten Mal auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen, der eine wirkliche Konkurrenz für den Amtsinhaber und damit auch für die DPS darstellte. Es bleibt abzuwarten, ob sich auch bei den nächsten Wahlen eine ernsthafte Alternative zur Regierungspartei bilden und eine Marginalisierung der Opposition im politischen System Montenegros dadurch verhindert werden kann. Für die Konsolidierung der Demokratie und einer weiteren europäischen Integration wird dies unerlässlich sein.

Montenegro auf dem Weg nach Europa?

Die politische und wirtschaftliche Kontinuität kann als ein möglicher Garant für eine zielgerichtete europäische Integration gelten. Dennoch besteht Anlass zur genauen Beobachtung der weiteren Entwicklung der montenegrinischen Politik. Der europafreundliche Kurs des Präsidenten und des Premiers findet breite Unterstützung in der Bevölkerung. Weiterhin sind rund zwei Drittel für einen Beitritt Montenegros zur EU – anders als bei dem ebenfalls verfolgten Ziel eines NATO-Beitritts. Hier scheinen die Erinnerungen an den Luftangriff während des Kosovo-Kriegs noch eine Rolle zu spielen. Dennoch droht die Regierung den Rückhalt zu verlieren, wenn das Wirtschaftswachstum nicht wie prognostiziert anhält und auch die Mehrheit der Einwohner davon profitiert. Proteste nach den Präsidentschaftswahlen, an denen sich 5.000 bis 10.000 Montenegriner beteiligten – bei einer Einwohnerzahl von knapp 600.000 – haben bereits gezeigt, dass durchaus Massenmobilisierung gegen die Regierung möglich sind. Ohne zivilgesellschaftliche Entwicklung wird eine weitere europäische Integration nicht möglich sein. Dies hat auch der stellvertretende Ministerpräsident und Minister für Auswärtige Angelegenheiten und Europäische Integration Montenegros betont. Die kommenden Monate werden zeigen, wie sich dies in der Praxis umsetzen lässt.

Weiterführende Literatur

Milivoje Radovic/Radoje Zucic/Nikola Milovic: Economic institutions and competitiveness of economy with emphasis on Montenegro. *Montenegrin Journal of economics* Vol. 9, Nr. 1. Podgorica, März 2013.

2 Vgl. Henry Bohnet: Nach den Wahlen Reformen? Kritik im In- und Ausland wächst. Länderbericht Serbien, Konrad-Adenauer-Stiftung, 11. April 2013.